

Am Ende von Flucht und Massenvertreibung – die „Sondertransporte“ ab 1947/48

Teil I: Transporte mit Kindern und Bergleuten

Bärbel Gafert

Zwischen 1944/45 und 1949 wurden vierzehn bis fünfzehn Millionen Deutsche aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa vertrieben. Schätzungsweise zwei Millionen überlebten die Strapazen und Gewaltakte nicht. Mehr als ein Fünftel des deutschen Vorkriegsterritoriums wurde abgetrennt. Dieser ungeheuren Massenvertreibung war die Hitlerdiktatur vorausgegangen – ein in deutschem Namen brutal geführter Krieg mit vielen Millionen Opfern sowie der Holocaust, das heißt die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Angesichts dieses unvorstellbaren Leids stand der erzwungene Massenexodus der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges im Schatten dieser grausamen Vorgeschichte. Er wurde oftmals sogar nur als deren automatische Folge registriert – wohl auch aus mangelnder Kenntnis.

Forschungen in westlichen und vor allem auch östlichen Archiven¹ machen heute weitere Zusammenhänge wie auch den komplexeren Hintergrund des Vertreibungsgeschehens erkennbar. Sie ermöglichen auch eine Sicht auf den gesamten Vertreibungsprozeß, der sich über fünf Jahre in fünf Phasen vollzog, und überwiegend von den neuen kommunistisch-nationalistischen Eliten hinter dem „Eisernen Vorhang“ organisiert wurde. Im Rahmen dieses Beitrags kann auf die komplexe Vorgeschichte des gewaltsamen Massenexodus' und auf die politischen Bedingungen in den neu entstehenden sowjetischen Satellitenstaaten, aus denen Millionen Deutsche vertrieben wurden, nur verwiesen werden.²

Im Folgenden kennzeichne ich zunächst kurz die fünf Vertreibungsphasen und gehe dann auf die letzte Phase – die nur wenig bekannten Sondertransporte – anhand einiger Beispiele näher ein: Nach den Millionen-Kontingenten der vorausgegangenen Vertreibungen trafen Ende der vierziger Jahre in den bereits durch den Ost-West-Konflikt gezeichneten Besatzungszonen zahlreiche Sondertransporte ein, darunter Transporte mit bisher zurückgehaltenen deutschen Kindern und Facharbeitern. Eine Darstellung der Zwangsausiedlung der vergessenen Deutschen aus dem sowjetisch annektierten nördlichen Ostpreußen (seit April 1946 „Oblast Kaliningrad“), die 1947/48 in Sondertransporten in die SBZ gebracht wurden, folgt in der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift .

1 Im folgenden beziehe ich mich u. a. auf Quellen aus dem Archiv der ZVU („Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler“, Berlin-Ost), heute im Bundesarchiv-Berlin, sowie auf veröffentlichte Dokumente aus polnischen Archiven. Vgl. Włodzimierz Borodziej/Hans Lemberg (Hg.): Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven. 4 Bde. Marburg 2000–2004 (im Weiteren: Polnische Dokumente). Eine ähnliche Dokumenten-Sammlung aus tschechischen Archiven steht kurz vor dem Abschluß.

2 Vgl. u. a.: Brandes, Detlef: Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. 2. überarb. Auflage. München 2005; Hartenstein, Michael H.: Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie. „Westverschiebung“ und „Umsiedlung“, Kriegsziel der Alliierten oder Postulat polnischer Politik? München 2007. Kenntnisse zu den NS-Kriegs- und Besatzungsverbrechen setze ich voraus.

I. Die Flucht, der erste Akt der Vertreibung

Am Ende des Krieges schlug die vom nationalsozialistischen Deutschland ausgelöste Gewalt auf die Deutschen zurück. Sie traf zuerst und am härtesten die deutschen Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie die deutsche Zivilbevölkerung in den ostdeutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Aufgrund der sowjetischen Herbst- und Winteroffensive 1944/45 und der schnell vorstoßenden Roten Armee begann im Oktober 1944 und vor allem im Januar 1945 die Flucht vor der Front. Der überstürzte Aufbruch bei Kälte und Schnee forderte überall zusätzliche Opfer. Es fehlten Transportmittel. Die Straßen waren bald verstopft, die Bahnhöfe überfüllt. Vielfach gerieten Trecks zwischen die Fronten und wurden überrollt. Flüchtlingszüge wurden von Tieffliegern beschossen, überfüllte Schiffe auf der Ostsee torpediert. Eine rechtzeitige Evakuierung der deutschen Zivilbevölkerung war von den NS-Dienststellen verhindert worden. Bis zum Schluß hatten die Endsieg-Parolen der Goebbels-Propaganda falsche Sicherheit verbreitet. Militärstrategien erhielten Vorrang vor dem Schutz der Bevölkerung. Fast überall hatten sich die besser informierten NS-Funktionäre nach Westen abgesetzt. Ganze Züge mit „gefährdeten“ Familien waren frühzeitig abgefahren. Bis zum Kriegsende war über die Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung geflohen: fünf bis sechs Millionen Menschen, überwiegend alte Männer, Frauen und Kinder.

II. Wilde Militär-Vertreibungen vor der Potsdamer Konferenz

Am 5. Mai 1945, vier Tage vor dem Einmarsch sowjetischer Truppen, begann in Prag ein Aufstand gegen die Deutschen.³ Am 16. Mai kehrten die tschechoslowakischen Exilpolitiker zurück. In dieser Zeit begannen hier und im ganzen Land sogenannte wilde Vertreibungen. Der Volkszorn gegen die verhaßten deutschen Besatzer richtete sich bald gegen *alle* Sudetendeutschen. Er wurde durch Reden von Politikern, auch von Präsident Edward Beneš und dem Führer der Kommunistischen Partei, Klement Gottwald, im Radio und in öffentlichen Versammlungen angespornt. Sie riefen zum „Hinausliquidieren“ der „illoyalen“ Deutschen auf. Soldaten der „Svoboda-Armee“⁴ und sogenannte Revolutionsgarden trieben Hunderttausende über die Grenze, vor allem nach Sachsen. Heute weiß man, daß die Militärbefehle aus Prag kamen.⁵ Hier hatte die zuvor in Moskau gebildete Nachkriegsregierung mit Exilpolitikern aus London und aus Moskau unter der Leitung von Edward Beneš und Klement Gottwald die Regierungsmacht übernommen. Beneš' Hauptinteresse war inzwischen die Totalvertreibung der Sudetendeutschen, die Stalin am sichersten garantiert hatte. Dafür erhielt dieser Einfluß auf die Nachkriegs-ČSR.⁶ Der sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel Jaksch urteilte zu Recht, das neue

3 Kokoška, Stanislav: Prag im Mai 1945. Die Geschichte eines Aufstandes. Bonn/Wien/Osnabrück 2009.

4 General Ludvík Svoboda: 1939 Flucht aus der besetzten ČSR über Polen in die UdSSR, ab 1941 Oberbefehlshaber der in der Roten Armee kämpfenden tschechoslowakischen Truppen. Nach Kriegsende Verteidigungsminister in Prag. Er setzte seine Armee systematisch bei den wilden Vertreibungen der Sudetendeutschen ein. Auch „ganze Kohorten von Usurpatoren“ der sog. Partisanen waren beteiligt. Vgl. Staněk, Tomáš: Verfolgung 1945. Wien/Köln/Weimar 2002, S. 32, 44, 83. Vgl. auch: Brandes, D./Sundhausen, H./Troebst, St. (Hrsg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts. Wien/Köln/Weimar 2010, S. 632.

5 Staněk: Verfolgung, S. 31 (Erlaß des Befehls von Svoboda am 22. Mai 1945).

6 Dieser „Deal“ war bereits Ende 1943 in einem zwischen Stalin und Beneš vereinbarten sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag vorbereitet worden.

Regierungsprogramm habe den Sudetendeutschen die Heimat und den Tschechen die Freiheit genommen.⁷

Im Gegensatz zur Entwicklung in der Tschechoslowakei übernahmen in Polen die kommunistischen Exilpolitiker („Lublinter Komitee“) im Januar 1945 *allein* die Nachkriegsregierung, während die populäre „bürgerliche“ Exilregierung in London blieb und ihre Anhänger in Polen verfolgt wurden. Die kommunistische „Provisorische Regierung“ beanspruchte größtmögliche deutsche Gebiete bis zur Oder und zur westlichen Neiße als Kompensation für die an die UdSSR abgetretenen polnischen Ostgebiete. Sie erklärte bereits im März 1945 die deutschen Ostgebiete zum „wiedergewonnenen“ und „befreiten polnischen Staatsgebiet“ und begann mit der „Entdeutschung“. Der damals mächtige Generalsekretär der polnischen Kommunisten (PPR), Władysław Gomułka, setzte im Mai 1945 im ZK der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) drei wesentliche Beschlüsse durch: Die Absperrung der beanspruchten neuen Westgrenze an Oder und westlicher Neiße gegen die Ströme zurückkehrender Deutscher, die beschleunigte Ansiedlung ostpolnischer Vertriebener in den okkupierten deutschen Gebieten⁸ und die sofortige Vertreibung der deutschen Bevölkerung durch die polnische Armee nach tschechischem Vorbild. So sollten schnellstens noch vor der Nachkriegs-Konferenz der Alliierten, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand, vollendete Tatsachen geschaffen werden. Im Juni/Juli 1945 wurden die Bewohner ganzer Dörfer und Stadtteile von bewaffneten Soldaten und Milizen überfallartig aus ihren Wohnungen geholt und in oft langen Fußmärschen in die SBZ getrieben.⁹ Dort führte die unerwartete Vertreibungswelle zu katastrophalen Zuständen. Selbst die sowjetischen Kommandanturen waren nicht über die Vertreibungsaktion informiert und stoppten sie. Bis Mitte Juli waren 200 000 bis 300 000 Ostdeutsche, ähnlich wie die Sudetendeutschen aus der ČSR, auf brutale Weise vertrieben worden, Tausenden gelang noch einmal die Rückkehr, bis sie endgültig aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

III. „Wilde“ Vertreibungen und „freiwillige Ausreisen“ *nach* der Potsdamer Konferenz bis Ende 1945

Durch das Vorgehen der Sowjets, die entgegen den Beschlüssen von Jalta eine polnische Verwaltung eingesetzt bzw. geduldet und dadurch die Vertreibungen zugelassen hatten, sahen sich die Westalliierten in Potsdam vor vollendete Tatsachen gestellt. Sie hatten kaum Informationen über die Ereignisse hinter dem neuen „Eisernen Vorhang“¹⁰. Stalin behauptete, es seien bereits alle Deutschen geflohen. Die polnische Delegation in Potsdam gab an, es gebe noch 1,5 Million Deutsche, die nach der Ernte „freiwillig“ gehen würden. Die Grenz- und Vertreibungsbeschlüsse im Potsdamer Abschlussprotokoll, die vorbehaltlich bis zu einer Friedenskonferenz getroffen worden waren, wurden in Ost und West schon bald unterschiedlich gedeutet. Die Regierungen in Prag und Warschau miß-

7 Jaksch, Wenzel: Europas Weg nach Potsdam. 4. Aufl. München 1990, S. 425. Jaksch spricht u. a. von der „Katastrophe für die tschechische Demokratie“.

8 Bis 1950 wurden 1,2 Millionen Ostpolen in den ostdeutschen Gebieten zwangsangesiedelt.

9 Polnische Militärbefehle in: Polnische Dokumente, Bd. I, Dok. 34-36, Bd. IV, Dok. 168, 174, 176 (vgl. Anm. 1). In dieser Phase willkürlicher Vertreibungen, Racheakte, Überfälle kam es auch zu einer nicht mehr eruierbaren Zahl von Massakern an Deutschen. In den letzten Jahren wurden in der ČSR und in Polen (inkl. der ehem. deutschen Gebiete) Massengräber entdeckt, oft in der Nähe früherer Nachkriegslager. Am 8. Mai 2010 wurde erstmals im tschechischen Fernsehen ein Film über ein Massaker an Sudetendeutschen 1945 in Prag gezeigt: <http://www.radio.cz/de/artikel/127632> (zuletzt eingesehen am: 10. Dezember 2010).

10 Churchill formulierte den Begriff erstmals in einem Telegramm an Truman vom 12. 5. 1945.

achteten das Moratorium¹¹ und sahen sich in ihren Vertreibungsmaßnahmen bestätigt. Als alle Vorbereitungstreffen für die geplante Friedenskonferenz scheiterten,¹² werteten sie das Potsdamer Protokoll zum „Potsdamer Abkommen“ auf. Fortan galten „die Beschlüsse der Alliierten in Potsdam“ im sowjetischen Machtbereich als eigentliche Ursache der Vertreibung, von westlichen Beteiligten in Potsdam wurde das bestritten. Der Artikel XIII sei, so urteilt Alfred de Zayas, „eine Reaktion auf die laufenden Vertreibungen“ gewesen und dürfe „keineswegs als ihre Ursache gesehen werden“.¹³ Selbst die westlichen Außenminister erwarteten noch eine Veränderung der Oder-Neiße-Grenze auf der geplanten Friedenskonferenz.¹⁴ Diese wurde jedoch ein erstes Opfer des beginnenden Ost-West-Konflikts.

Die „wilden“ Vertreibungen gingen bis Ende 1945 fast ungebrochen weiter. Ganze Stadtteile, zum Beispiel in Breslau und Danzig, wurden „entdeutscht“. Teilweise wurden die Deutschen zur „freiwilligen Ausreise“ gedrängt, oder sie verließen von sich aus die ihnen entfremdete und lebensbedrohlich gewordene Heimat. Die Lebensbedingungen der Deutschen verschlechterten sich dramatisch. Antideutsche Dekrete, etwa zur Enteignung, Entrechtung und Zwangsarbeit,¹⁵ trugen dazu bei. Im sowjetischen Machtbereich wurde das Provisorium Oder-Neiße-Grenze zum Faktum, geschützt durch den deutschen Satellitenstaat DDR.

IV. Die „geregelt und humane“ Zwangsaussiedlung 1946/47

Am 23. Dezember 1945 sperrte die SMAD in ihrer Besatzungszone die Grenzen an Oder und Neiße und zur ČSR. Einen Monat zuvor, am 22. November, hatte der Alliierte Kontrollrat in Berlin auf Drängen Marschall Schukows¹⁶ einen sogenannten „Transferplan“ beschlossen. Danach sollten weitere Vertriebenen-Kontingente, insgesamt 6,65 Millionen Deutsche, nun auch in die westlichen Besatzungszonen transportiert werden. Polnische und tschechische Vertreter hatten dem Kontrollrat angegeben, daß noch 3,5 und 2,5 Millionen Deutsche „auszusiedeln“ seien. Knapp vier Monate zuvor, in Potsdam, waren, wie erwähnt, andere Zahlen genannt worden. Das Zahlenwerk des Transferplans sah schließlich vor:

- 11 Der bald umstrittene sog. Vertreibungsartikel XIII des Protokolls enthält auch ein Moratorium: „Die Regierungen in Warschau und Prag, sowie der Kontrollrat in Budapest werden aufgefordert, die laufenden Vertreibungen sofort zu stoppen bis der Alliierte Kontrollrat auf der Basis genauer Informationen den ‚Transfer‘ besser organisieren könne.“ Nur Ungarn hielt sich daran. Vgl. zu dem umstrittenen Grenz- und Vertreibungsproblem: Siebel-Achenbach, Sebastian: Niederschlesien 1942–1945. Würzburg 2006, S. 99–101; Hartenstein, 2006 (siehe Anm. 2), S. 131–133.
- 12 Bis 1947 fanden mehrere Vorbereitungstreffen der alliierten Außenminister bzw. ihrer Vertreter u. a. in Moskau und London statt.
- 13 Alfred de Zayas recherchierte in anglo-amerikanischen Archiven und befragte Beteiligte der Potsdamer Konferenz, u. a. den Autor des Artikels XIII. Er bezeichnete die Massenvertreibung der Deutschen als „typisch stalinistischen Streich“. Ders.: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, siehe: <http://alfreddezayas.com/Articles/parlament_de.shtml> (zuletzt eingesehen am: 10. Dezember 2010).
- 14 Vgl. z. B. die bekannte Rede des US-Außenministers James F. Byrnes am 6. 9. 1946 in Stuttgart. Im Oktober äußerte sich der britische Außenminister Anthony Bevin ähnlich. Im Herbst 1946 hatte es in den USA und in England heftige Proteste in der Presse und im Parlament gegen die anhaltenden Massenvertreibungen gegeben. So riefen z. B. Victor Gollantz, Albert Schweitzer, Robert Jung, Bertrand Russel dazu auf, die Vertreibungen zu stoppen.
- 15 Polnische Dokumente, Bd. I, Dokumente 2–7, 15, 18, 19, 23, 24, 27, 30 u. a. m. (vgl. Anm. 1).
- 16 Schukow war zunächst davon ausgegangen, die SBZ habe alle restlichen vertriebenen Deutschen aufzunehmen. Die überforderten Landesregierungen der SBZ schlugen Alarm. Die Westmächte forderten im Kontrollrat niedrigere Aufnahmequoten.

1,75 Mio. Sudetendeutsche für die US-Zone, 1,5 Mio. Ostdeutsche für die britische Zone, zwei Mio. Ostdeutsche und 750 000 Sudetendeutsche für die SBZ. Hinzu kamen 650 000 Deutsche aus Ungarn, Jugoslawien und Österreich für die US-Zone.

Das waren mehr als viermal soviel zu Vertreibende wie beim „Bevölkerungsaustausch“ von Griechen und Türken (Vertrag von Lausanne 1923), auf den sich Politiker wie Beneš, Churchill und Roosevelt als Präzedenzfall häufig bezogen¹⁷, obwohl die Lausanne-Aktion tatsächlich katastrophal verlaufen war und Tausende Opfer gekostet hatte. Schlimmeres sollten die deutschen Vertriebenen erfahren, die in weit größerer Zahl ohne „Bevölkerungsaustausch“ und ohne ausreichende Organisation und Kontrolle in das zerstörte und durch die vorangegangenen „Transfers“ bereits belastete restliche Deutschland transportiert wurden.

Zusätzlich sollten bilaterale Sonderverträge mit der ČSR und mit Polen vereinbart werden. Diese Zusatzverträge sollten die Transportbedingungen „geordnet und human“ regeln. Die Briten gaben ihrer Aktion den Decknamen „Operation Swallow“.¹⁸ Die ersten Güterzüge, mit je 1 200 bis 1 700 Vertriebenen, fuhren Ende Januar 1946 aus der ČSR in das bayerische Durchgangslager Furth im Walde und Ende Februar durch die SBZ in das Durchgangslager Mariental bei Helmstedt. Ab Juni/Juli 1946 folgten die „geregelten“ Transporte aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten und aus der ČSR in die SBZ. Hier wurden die Ankommenden nach vierzehntägiger Quarantäne nach einem zentral geregelten Plansoll auf die fünf SBZ-Länder verteilt.

Insgesamt rollten 1946/47 über 4 000 Züge mit je 45 bis 55 Güterwaggons mit ihrer Menschenfracht durch das verbliebene Deutschland. Im Oktober 1946 endeten die Transporte mit Sudetendeutschen in die US-Zone. Am 23. Dezember 1946 brachen die Briten ihre Aktion nach wiederholtem Protest wegen nicht eingehaltener Transportbedingungen faktisch ab. Erneut waren überfüllte Waggons, kaum versorgt, ohne Öfen, mit Toten und Halberfrorenen, im Grenzdurchgangslager Mariental angekommen. Der offizielle Abbruch durch das Foreign Office erfolgte im Juli 1947. Fast alle weiteren vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen mußte die SBZ aufnehmen. Keiner der Transporte verlief „human“, wie die kommunistische Propaganda verbreitete, doch war die Willkür der wilden Vertreibungen von 1945 zumindest etwas gebremst.

V. Sondertransporte 1947–1949/50 mit Kindern und Facharbeitern

In den Jahren 1947/48 gab es noch etwa eine halbe Million Deutsche östlich von Oder und Neiße und in anderen mittelostdeutschen Gebieten, eine Million „Autochthone“¹⁹ nicht mitgerechnet. Unter den in den polnisch verwalteten Gebieten, in Polen und in der Tschechoslowakei verbliebenen Deutschen waren auffallend viele elternlose Kinder sowie Facharbeiter, die zurückgehalten wurden. Um ihre Ausreise bemühten sich deutsche Stellen sowohl in der SBZ als auch in den Westzonen über die jeweils zuständigen Besatzungsbehörden. Diese waren an gefragten Fachkräften ebenfalls interessiert.

Auch wenn diese „Ausreisen“ von den Betroffenen meist ersehnt waren, so gehören sie noch in den Zusammenhang des Vertreibungsgeschehens. Denn die Lebensbedingun-

17 Auch Stalin und Hitler verwiesen bei ihren brutalen Vertreibungsmaßnahmen rechtfertigend auf „Lausanne“.

18 Dazu ausführlicher: Gafert, Bärbel: „Operation Swallow“. In: Deutschland Archiv 4/2010, S. 660–667.

19 Bezeichnung für zweisprachige Masuren und Oberschlesier, die – zumeist unter Druck – für Polen optierten („verifiziert“ wurden). Nach ersten Liberalisierungen in den fünfziger und siebziger Jahren begann ihr Weggang als sogenannte „Spätaussiedler“. Erst nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems wurde offiziell eine deutsche Minderheit anerkannt.

gen der Deutschen waren in allen Vertreibungsgebieten äußerst schlecht. Die deutsche Bevölkerung war enteignet, entrechtet und von jeglichen Informationen abgeschnitten. Deutsche Schulen und der Gebrauch der deutschen Sprache waren in der CSR, Polen und den polnisch verwalteten Gebieten verboten. Nahrungsmittel waren immer schwerer zu bekommen. Die öffentliche Wahrnehmung blieb anhaltend deutschfeindlich. Viele Verwandte und Nachbarn waren bereits „entfernt“ worden. All das entsprach der Taktik, „ihnen das Leben [zu] erschweren“ (Gomułka), damit sie „freiwillig“ gingen. Ich zähle die Sondertransporte der Jahre 1947 bis 1949/50 daher zur fünften Phase des gesamten Vertreibungsprozesses.

Die meisten Sondertransporte gingen in die SBZ. Zu den Großgruppen, die 1947 bis 1949/50 in teils vertraglich vereinbarten Transporten ins restliche Deutschland kamen, zählen auch die ca. 100 000 fast vergessenen Überlebenden aus dem sowjetisch annektierten nördlichen Ostpreußen, des Weiteren über 70 000 entlassene Zwangsarbeiter, die die Deportation in die sowjetischen Lager überlebt hatten. Darunter waren sowohl ostpreußische Frauen als auch Deutsche aus Rumänien und Jugoslawien. Nach und nach kamen auch entlassene Zwangsarbeiter aus polnischen und tschechischen Nachkriegslagern, zuletzt 24 000 Personen aus Potulitz/Potulice in Pommerellen. Rund 200 000 pommerische und ostpreußische Flüchtlinge kamen aus dänischen Lagern,²⁰ davon 36 000 in die SBZ.

Zu nennen sind auch die Sondertransporte der privilegierten „Antifa-Umsiedler“²¹, So wurden 1945/46 rund 50 000 sudetendeutsche Kommunisten aus der ČSR in die SBZ und 80 000 sudetendeutsche Sozialdemokraten in die US-Zone nach Bayern gebracht. Bereits im Herbst 1945 waren drei „Antifa-Transporte“ aus Breslau in die SBZ gefahren, ebenso einige Bustransporte mit überlebenden Breslauer Juden nach Thüringen.²²

Das Kinder-Drama

Ein Überblick über die im Chaos von Flucht und Vertreibung verlorenen und verwaisten Kinder und die folgenden Such- und Transportaktionen ist nicht möglich. Die Unterlagen der Zentralverwaltung für Umsiedler in Berlin-Ost (ZVU), westdeutscher Wohlfahrtsverbände, der Suchdienste, polnischer Behörden und vieler Zeitzeugen verzeichneten jedoch jahrelang auffallend viele Anfragen, Suchaktionen, durchgeführte und gescheiterte Transporte – vermißte oder elternlos aufgefundene Kinder betreffend –, die auf ein massenhaftes Kinderdrama hinweisen.²³

Allein in Mecklenburg gab es in den ersten beiden Nachkriegsjahren zehntausend Waisenkinder. In der ZVU-Zeitung *Neue Heimat* wird die SBZ 1947 das „Land der verlorenen Kinder“ genannt. Die „elternlosen Umsiedlerkinder“ wurden ein dringendes Pro-

20 Sie waren 1945 mit Flüchtlingsschiffen in dänische Häfen gebracht worden und wurden bis 1948 in dänischen Lagern festgehalten, da die Alliierten vorher die Aufnahme in ihren überfüllten Besatzungszonen verweigerten.

21 Der euphemistische Begriff „Umsiedler“ mußte ab September 1946 auf Befehl der SMAD in der SBZ den „harten“ Begriff „Flüchtling“ ersetzen. Der Begriff „Vertriebene“ für die „Ost-Flüchtlinge“ setzte sich (in der Bundesrepublik) erst nach dem Bundesvertriebenengesetz 1953 durch. Der Flüchtlingsbegriff bezog sich dann überwiegend auf DDR-Flüchtlinge.

22 Polnische Dokumente, Bd. IV, Dok. 170, 171 und S. 467, 511. Zu den vielen unterforschten Gebieten zum Thema Vertreibung gehören fast alle diese Einzelthemen.

23 Vgl. Gafert, Bärbel: Kinder der Flucht – Kinder der Vertreibung. In: Deutschland Archiv 5/2007, S. 833–839. Inzwischen gibt es zahlreiche Berichte von Zeitzeugen, die ihr frühes Kindheitsdrama als Waisen im eingeschlossenen Königsberg, in Nachkriegslagern, Kinderheimen u. a. beschrieben haben.

blem. Anfang 1946 wurde ein Ausschuß „Rettet die Kinder“ gebildet. Pflege- und Adoptiveltern wurden gesucht. Viele neue Kinderheime und einige Kinderdörfer entstanden.²⁴ Auch in den Vertreibungsgebieten waren Tausende verlorene, nun alleinstehende Kinder zurückgeblieben.²⁵ Unzählige Anfragen von Eltern und Verwandten, die aus verschiedenen Gründen ohne ihre Kinder ins restliche Deutschland gelangt waren, oder deren Kinder während des Krieges in die östlichen Provinzen oder in die besetzte ČSR evakuiert worden waren, wurden an die Suchdienste gestellt. Zu den ersten bedeutenden Nachkriegsinstitutionen gehörten die Suchdienste in Hamburg, München und Leipzig. Hier sollte betont werden, daß sehr viele Kinder die Strapazen und Gewaltakte nicht überlebte, schätzungsweise eine halbe Million.

Die Bemühungen deutscher Stellen um „Kinderrückführung“ aus der ČSR und den polnisch verwalteten Gebieten begannen bereits 1945/46. Vorrangig war zunächst ein Zonenaustausch, der während des Krieges evakuierten Kinder, zum Beispiel aus dem Ruhrgebiet nach Thüringen oder aus Berlin nach Mecklenburg. Bis Ende 1947 wurden rund 5 000 alleinstehende Kinder aus den Evakuierungsgebieten in der SBZ in Sonderzügen zu ihren Verwandten in die britische Zone transportiert und umgekehrt rund 1 000 in die SBZ. Die Kindertransporte waren nur ein Teil des Zonenaustausches, der 1946/47 etwa eine halbe Million Bombenevakuierte betraf. Erst zwei Jahre später begannen Transporte mit einer begrenzten Zahl gesuchter deutscher Kinder aus den Vertreibungsgebieten, nachdem schwierige Verhandlungen der Zentralverwaltung für Umsiedler (ZVU) in der SBZ und der westlichen „Arbeitsgemeinschaft Kinderrückführung“²⁶ (jeweils über die zuständigen Besatzungsbehörden) mit Vertretern polnischer und tschechischer Behörden stattgefunden hatten.

Verzögerte Kindertransporte aus den polnisch verwalteten Gebieten und aus Polen

Insgesamt war die Zahl der Kinder und der Geburten in den ostdeutschen Gebieten bis zum Ende des Krieges besonders hoch gewesen.²⁷ Außerdem waren in den letzten Kriegsjahren im Rahmen der sogenannten erweiterten Kinderlandverschickung (KLV) ganze Schulklassen und Kinder jeden Alters aus Berlin und aus dem Ruhrgebiet in den östlichen „Reichsluftschutzkeller“ gebracht worden, auch Mütter mit Kleinkindern und Schwangere. Viele KLV-Lager wurden nicht rechtzeitig aufgelöst und zurückgeführt. So gab es zum Beispiel ganze Schulklassen aus Berlin in der ČSR oder auf Rügen.²⁸ Die evakuierten Kinder gerieten mit in das Chaos der Flucht. Unter den katastrophalen Bedingungen der Jahre 1945/46 wurden Familien getrennt, Kinder gingen verloren, blieben

24 Ruth Leiserowitz (geb. Kibelka) über das 1949 in Kyritz gegründete Kinderdorf für ostpreußische „Wolfskinder“. Dies.: Von Ostpreußen nach Kyritz. Potsdam 2003. Sie betont, daß nicht nur Kinderhilfe das Motiv war. Die abgemagerten Kinder aus dem sowjetischen Königsberg sollten auch vor der Öffentlichkeit versteckt werden.

25 Hier gehen die Zahlen in polnischen und deutschen Unterlagen extrem auseinander. Die deutsche Seite zählte vermißte Kinder, die polnische nur die, die den polnischen Behörden gemeldet wurden. Tschechische Quellen dazu sind bisher schwer erreichbar.

26 Mangels einer zentralen Stelle schlossen sich die westlichen Wohlfahrtsverbände zu dieser Organisation zusammen.

27 Das zeigt der hohe Kinderanteil bei allen Transporten, meist über 30 Prozent. In Thüringen führten die Behörden die Kategorie „Kinderreiche“ sogar in der Statistik ein. Der Jahresbericht der ZVU für 1947 gibt für die SBZ an: 1,2 Mio. „Umsiedlerkinder“ unter vierzehn Jahren, darunter 34 286 „anhangslos“. BArch DO2/ 16 Bl. 138.

28 Einige Klassen des Reinickendorfer Bismarck-Gymnasiums, die auf die Insel Rügen evakuiert worden waren, wurden Anfang 1945 mit Flüchtlingsschiffen in dänische Häfen gebracht, wo sie bis 1948 bleiben mußten.

übrig, starben.²⁹ Über ein Drittel der Vertriebenen waren Kinder unter sechzehn Jahren. Unter ihnen waren schätzungsweise fünfzehn Prozent für längere Zeit oder dauerhaft ohne Mütter bzw. Eltern und Verwandte.

In Polen (in den Grenzen von 1937) hatte bereits im Herbst 1944 die Politik des kommunistischen „Lubliner Komitees“³⁰ das Kinderproblem noch verstärkt. Ein Dekret der Lubliner verurteilte die gesamte deutsche Minderheit, die sog. Volksdeutschen, zu Internierung und Zwangsarbeit. Sie sollten kollektiv für den „Verrat“ am polnischen Staat bestraft werden. Ein zusätzlicher Erlaß des neuen Sicherheitsdienstes SB vom 30. Oktober 1944 bestimmte, daß deutsche Kinder zwischen eineinhalb und dreizehn Jahren nicht mit ihren Müttern in den Arbeitslagern bleiben, sondern in polnische Kinderheime und Familien gebracht werden sollten. Anfang 1945 wurden auch die Reichsdeutschen kollektiv beschuldigt. In den ostdeutschen Gebieten gab es ebenfalls Internierungen, besonders in den großen Lagern in Oberschlesien. Die seit Januar 1945 als „Provisorische Regierung“ etablierten „Lubliner“ erklärten bereits im März die ostdeutschen Gebiete zum „befreiten polnischen Staatsgebiet“. Am 15. April 1945 erfolgte ein Runderlaß, demzufolge auch in diesen Gebieten die internierten deutschen Mütter ihre Kinder nur bis zu eineinhalb Jahren im Lager behalten durften.³¹ Zumeist erhielten die von den Müttern getrennten Kinder polnische Namen. Die Praxis sah unterschiedlich aus. In fast allen Lagern gab es auch Kinder, die ab dem Alter von sechs bis acht Jahren arbeiten mußten.³² Wie die erwachsenen Internierten wurden sie ohne Lohn an polnische Bauern und Staatsgüter „vermietet“. Tragödien spielten sich ab, wenn die Mütter nach ihrer Entlassung ihre Kinder entweder nicht mehr wiederfanden oder sie ihnen als polnisch sprechende *Fremde* gegenüberstanden.³³

In den bilateralen Sonderverträgen zu den Zwangsaussiedlungen von 1946/47 war vereinbart worden, daß der Transport elternloser deutscher Kinder zunächst zurückgestellt werden sollte. Sie sollten etwas später in besonderen Sanitätszügen transportiert werden. Doch das geschah nicht. Die Transporte kamen, wenn überhaupt, aufgrund von Namenslisten deutscher Stellen und alliierter Unterstützung zustande, bald auch mit Hilfe des neu gegründeten polnischen Roten Kreuzes. Die deutschen Suchdienste stellten von Anfang an Listen mit den Namen gesuchter Kinder zusammen und riefen in Presse und Rundfunk dazu auf, sie zu unterstützen. Die Listen wurden an die polnische und tschechoslowakische Militärmission und das „Combined Repatriation Executive“ des Alliierten Kontrollrats in Berlin weitergereicht.

1945, im Jahr der wilden Vertreibungen, hatten in der polnisch-kommunistischen Propaganda ethnische Kriterien dominiert. Die deutschen Kinder galten als „Hitlerbrut“

29 Es wird geschätzt, daß etwa eine halbe Million Kinder bei Flucht und Vertreibung starben, viele bereits bei der Geburt oder im Säuglingsalter – fast der ganze Jahrgang 1945. Der Tod von Kindern und Geschwistern wird in auffällig vielen Zeitzeugenberichten erwähnt.

30 Am 22. Juli 1944 wurde in Moskau ein „Polnisches Komitee der nationalen Befreiung“, überwiegend aus polnischen Kommunisten installiert, als Gegenregierung zur Londoner Exilregierung, kurz als „Lubliner Komitee“ bezeichnet. Dieses Komitee erließ die sog. Oktober-Dekrete. Instruktionen und Runderlasse gegen die deutsche Minderheit in Polen. Ab März 1945 folgte Entsprechendes gegen die deutsche Mehrheitsbevölkerung in den beanspruchten Oder-Neiße-Gebieten.

31 Polnische Dokumente, Bd. I, Dok. 20.

32 Helga Hirsch erwähnt, daß sich im Dezember 1947 allein im Lager Potulitz/Potulice 6 000 Kinder befanden, das waren 25 Prozent der Internierten. Es gab eine besondere Kleinkind-Baracke. Die Älteren (ab sechs Jahren!) mußten arbeiten, die Jüngeren kamen in polnische Heime und Familien. „Damit begann der Prozeß ihrer Polonisierung.“ Dies.: Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern, 1944–1950. Hamburg 1999, S. 177 f.

33 Vgl. die Beispiele bei: Hirsch: Rache, S. 118–125.

und unnütze Esser und wurden unterschiedslos mit vertrieben. Nach Berichten des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) trafen in Berlin 1945/46 mit täglich Tausenden von Vertriebenen auch unzählige alleinstehende Kinder ein. Noch im März 1946 schätzte das IRK die Zahl der täglich allein in Berlin ankommenden Kinder auf 5 000, darunter ganze Kinderheime. Ende Juli 1945 kam zum Beispiel im Westhafen ein Schiff mit rund 300 fast verhungerten Kindern aus einem Kinderheim im pommerschen Finkenwerder an.³⁴ Ein Jahr später wurden die in Heimen verbliebenen deutschen Kinder größtenteils zurückgehalten und polonisiert.

Mitte des Jahres 1946 änderte sich die Haltung der polnischen Behörden zum Problem. Man vermutete nun, daß die Deutschen auch polnische Kinder mitnahmen, die während des Krieges „geraubt“ und germanisiert worden seien.³⁵ Die polnischen Behörden forderten von der ZVU, in der SBZ nach polnischen Kindern zu suchen. Die ZVU veröffentlichte dazu Zeitungsaufrufe. Doch wuchs jetzt auch das Interesse, jüngere deutsche Kinder zu polonisieren; die älteren wurden bereits als Arbeitskräfte eingesetzt. Am 3. Juli und 8. August 1946 erfolgten polnische Runderlasse, die vor der „Ausreise“ deutscher Kinder einen Herkunftsnachweis forderten, zum Beispiel die Geburtsurkunde.³⁶ Ein Sonderbeauftragter der polnischen Regierung erklärte bei einem Besuch in Berlin, „daß sich eine große Anzahl deutscher Kinder in den polnischen Gebieten befindet, fast alle in Privathaushalten, und zum großen Teil wünschten, für immer in Polen zu bleiben“.³⁷ Ende 1947 wurde verfügt, alleinstehende Kinder in den polnischen Heimen und Familien zur „Repolonisierung“ zurückzulassen, sie von den übrigen Deutschen zu trennen und in polnische Schulen zu geben. Gleichzeitig erhielten sie polnische Vormünder. Damit waren sie für ihre Mütter und Verwandten auch rechtlich nicht mehr erreichbar. Deutschen Kindern war der Schulbesuch generell verboten: Heimlicher deutscher Unterricht wurde als Verbrechen verfolgt. Deutsche Lehrer und Pfarrer waren vorrangig vertrieben worden.

Auch die Nutzung älterer Kinder als kostenlose Arbeitskräfte nahm zu. Betroffene Mütter in sächsischen Quarantänelagern, die ohne ihre Kinder in die SBZ vertrieben worden waren, wandten sich um Hilfe an SED-Funktionäre. Anfang Oktober 1947 richtete der Landesverband der SED Sachsen ein dringendes Schreiben an die Parteizentrale in Berlin, in dem über die Klagen der Frauen berichtet wird. „Die Umsiedler [. . .] stürmen unsere Parteifunktionäre und [. . .] erhoffen eine Beeinflussung der polnischen Dienststellen.“ Die Polen hätten ihnen erklärt, „daß Kinder der Deutschen als Hüter des Viehs oder für irgendwelche anderen Arbeiten zurückbleiben müssen“. Außerdem wird über Klagen ostpreußischer „Umsiedler“ berichtet, daß Jungen und Mädchen aus dem Waisenhaus in Preußisch-Holland (Ostpreußen) zur Arbeit in Warschauer Haushalte gebracht würden, obwohl Angehörige in Deutschland nach ihnen suchten. Zudem seien bei dem letzten Transport aus diesem Ort alle Deutschen mit der Namensendung -ky oder -ki zurückge-

34 „Kinder von zwei bis vierzehn Jahren lagen bewegungslos auf dem Schiffsboden, die Gesichter vor Hunger gezeichnet, an Krätze leidend, von Ungeziefer zerfressen. Leib, Knie und Füße waren geschwollen – bekanntes Symptom des Hungers.“ Zit.: Autze, Rajan: Treibgut des Krieges. Flüchtlinge und Vertriebene in Berlin 1945. München 2001, S. 33 u. 145.

35 Die polnische Militärmission gab die Zahl der aufgrund von Himmlers Germanisierungsprogramm verschleppten polnischen Kinder 1947 mit 15 000 an. BArch, DO2/ 71 Bl.167; Polnische Dokumente, Bd. I, S. 264 f.

36 Polnische Dokumente, Bd. I, Dok. 128 u. 134; Nitschke erwähnt ein Geheimschreiben vom 8. August 1946 mit der Anweisung, die Herkunft zu überprüfen. Nitschke 2004, S. 219. Viele deutsche Mütter hatten keine Dokumente mehr.

37 BArch DO2, 71 Bl. 51.

halten worden. Das Schreiben endet mit der Bitte, bei der polnischen Militärmission auf Einstellung „dieser unmenschlichen Maßnahmen zu drängen“.³⁸ Weder die SED, wenn sie es gewollt hätte, noch die „Zentralverwaltung für Umsiedler“ (ZVU)³⁹ hatte jedoch Einflußmöglichkeiten. Die gesamte Vertreibung blieb bis 1949 Angelegenheit der Alliierten und vor allem der ČSR und Polens, die die Kontrollen ablehnten.

Ebenfalls im Oktober 1947 wurde der ZVU von der SMAD mitgeteilt, daß 15 000 Kinder zu erwarten seien, inklusive der angekündigten Waisenkinder aus Kaliningrad. Die ZVU begann überstürzt mit Aufnahmeprobparationen. Doch es kamen verzögert nur die Waisenkinder aus Kaliningrad.⁴⁰ 3 000 Kinder waren von der SMAD im Sommer 1947 angekündigt worden, fast 5 000 kamen im Herbst in Mecklenburg an. Gleichzeitig hatte der polnische Pressedienst mitgeteilt, alle restlichen Deutschen, auch alle alleinstehenden deutschen Kinder, würden kurzfristig ausgesiedelt. Bis zum 1. November 1947 sollten sie in Sammellagern sein. Doch das geschah nicht. Das überlastete polnische Transportsystem brach zusammen.

Neuer Sammel- und Durchgangspunkt für die restlichen Deutschen wurde von 1947 bis 1951 das Sammelager im oberschlesischen Leobschütz/Gluczyce, nachdem am 1. September der Durchgangspunkt Kohlfurt aus hygienischen Gründen geschlossen worden war. Das Lager Leobschütz, ein altes Klostergebäude, war 1945/46 Internierungs- und Sammelager für deutsche Oberschlesier und wurde dann Sammel- und Durchgangslager für alle noch „abzuschiebenden“ Deutschen sowie „zentraler Sammelpunkt“ für alle Transporte mit alleinstehenden Kindern. Es war von Anfang an zu klein. Die Aufnahmekapazität von 600 Personen war fast ständig überzogen. Ein Inspektionsbericht vom 22. Juli 1948 erwähnt 1 590 anwesende Kinder, große sanitäre Mängel, das Fehlen von Personal und Ärzten sowie hohe Sterberaten.⁴¹

Das Umsiedleramt in Schwerin verhandelte im Herbst 1947 direkt mit Behörden in Stettin und mit Kinderheimen in Pommern. Nach einem schwierigen Prozeß gelang es, zwei Kindertransporte aus Stettin abzuholen. Vom 21. bis zum 23. Oktober wurden 98 Kinder mit Bussen abgeholt und zur Quarantäne in das Lager Eggesin gebracht. Einen Monat später kamen weitere 28 Kinder aus dem Kinderheim Adamsdorf bei Soldin. Verhandlungen über ein weiteres Kinderheim scheiterten. Die polnische Heimleitung versteckte offensichtlich deutsche Kinder. Nach Aussage der Schweriner Delegation betrieb sie bereits „die Polonisierung der deutschen Kinder“.⁴²

Erst als auch britische Stellen kritisierten, daß Polen deutsche Kinder schlecht behandle und zurückhalte, bewegte sich die polnische Seite. Der Hauptbevollmächtigte für die Vertreibung („Repatriierung“) der Deutschen, Józef Jaroszek, bezog sich in seinem Bericht über die Wintermonate 1946/47 auf die „Attacken der Britischen Zone gegen die polnischen Behörden“ und wies auf die Bearbeitung tausender Anträge hin, die seine

38 BArch, DO2, 71 Bl. 253. Schreiben des Landsvorstands der SED Sachsen an das Zentralsekretariat der SED in Berlin. Ein schriftlicher Vermerk auf dem Schreiben zeigt, daß die SED offensichtlich die SMA eingeschaltet hat. Ein Ergebnis ist nicht erkennbar.

39 Die Flüchtlingsströme verursachten 1945 katastrophale Bedingungen in der SBZ. Auf Druck der überforderten Länderverwaltungen in der SBZ wurde auf Befehl der SMAD in Berlin-Ost im September 1945 die ZVU als Zentralverwaltung eingerichtet, u. a. zur Einrichtung von Lagern und zur Lenkung der Flüchtlingsströme. Vgl. auch Anm. 1 und 16.

40 Vgl. BArch DO2, 71 Bl. 254, 257, 258. In polnischen offiziellen Dokumenten ist von 2 000 bis 5 000 Kindern die Rede.

41 Polnische Dokumente, Bd. II, S. 395, Dok. 249, 359, 360. Die Berichte sprechen von „totaler Überfüllung“. Im Frühjahr 1947 wurden 52 tote Kleinkinder und Alte verzeichnet. Ebd. S. 395.

42 BArch, DO2 / 71 Bl. 72, 73 u. 115.

Behörde über verschiedene Stellen erreicht hätten. Daraus seien „Listen über in Polen zurückgelassene deutsche Kinder angefertigt“ und zur Genehmigung der Einreise in die SBZ gegeben worden. Außerdem habe es bereits Anfang Januar zwei Kindertransporte gegeben. Am 5. Januar fuhr tatsächlich ein Zug mit 383 Kindern in die SBZ, am 10. Januar ein Zug mit 32 Kindern in die US-Zone.⁴³ Doch weitere Transporte ließen auf sich warten. Bei der Suche nach deutschen Kindern kam erschwerend hinzu, daß die Namen der Kinder oft polonisiert waren, Kinder vor den Behörden versteckt wurden und die verbliebenen deutschen Kinder „verifiziert“ werden sollten. Zusagen verzögerten sich, Zahlen wurden revidiert. So wurden Ende November 1947 von 83 namentlich in der Sammelstelle Bromberg angeforderten Kindern nur 24 gefunden und nach Leobschütz gebracht. Häufig wurden Fälle beobachtet, „in denen Kinder von einem Bauern zum anderen als Arbeitskräfte weitergegeben werden“.⁴⁴ Es gab eine nicht feststellbare Zahl von Kindern, nach denen niemand suchte, da die Mütter tot oder noch interniert waren und die Väter gefallen oder noch in Kriegsgefangenschaft waren. Mitte 1948 lagen Suchlisten aus Deutschland mit 5 477 Kindernamen vor – nach Ansicht von Jarosek eine überhöhte Zahl. Bei sofortiger gezielter Suche könne vielleicht die Hälfte gefunden werden. Die Restlichen seien entweder „ausgereist oder verzogen“. Intern kritisierte er heftig die unzureichende Tätigkeit der PUR-Zentrale⁴⁵ auch bei der Bearbeitung der Suchlisten.⁴⁶ Der Beauftragte von Bischof Otto Dibelius, der sich im April 1947 bei einem Warschau-Besuch vergeblich um die Ausreise deutscher Kinder bemüht hatte, gab die Zahl verbliebener Kinder mit 20 000 an. Der Leiter der Caritas, Zinke, der sich in dieser Frage sehr engagierte, ging davon aus, daß noch 17 000 Kinder zurückgehalten würden. Angaben der polnischen Seite liegen weit darunter.⁴⁷ Sogar ein Sonderbeauftragter des Papstes für Flüchtlingsfragen bemühte sich.

Ein großes Problem war, daß die Westalliierten ab 1947 alle Transporte und Einzeleinsreisen in ihre Zone durch die Notwendigkeit von Zuzugsgenehmigungen erschwerten. In Hannover erreichte der ab 1948 für Flüchtlingsfragen zuständige Pastor Heinrich Albertz⁴⁸ liberalere Zuzugsregeln für die britische Zone, vor allem für Kinder und Jugendliche der „Kinderrückführung“.⁴⁹ Erst im Herbst 1948 fuhren erste organisierte Kindertransporte auch in die britische Zone. Der erste Transport kam nach mehreren Terminaufschüben am 24. September 1948 mit 393 Kindern, 158 Müttern und anderen Begleitpersonen in Hannover an. Er kam aus Łódź und Breslau. Die Kinder wurden mit großem Empfang von Vertretern des schwedischen und britischen Roten Kreuzes, Politikern und Presseleuten begrüßt.⁵⁰ Ein zweiter, weniger gut ausgestatteter und überbesetzter Transport kam am 17. Dezember 1948 mit 1 040 Personen, davon 702 Kinder, nach Hannover.

43 Polnische Dokumente, Bd. I, Dok. 195. Seit Abbruch der Operation „Swallow“ wurde der Ton zu den Briten schärfer.

44 Polnische Dokumente, Bd. IV, Dok. 145. Wegen dieses „Kinderhandels“ seien alle bestehenden Listen nicht aktuell.

45 PUR: „Staatliches Repatriierungsamt“, zuständig für den technischen Aufbau und Ablauf der Sammellager und Transporte.

46 Am 1. August 1948 in einem Brief an Władysław Wolski. Polnische Dokumente, Bd. I, Dok. 205 (vgl. Anm. 1).

47 Die deutsche Seite zählte die vermißten und zurückgelassenen Kinder, die polnische Seite nur die amtlich registrierten.

48 Albertz, 1915 in Breslau geboren, war nach Kriegsende Flüchtlingspfarrer in Celle, ab 1946 SPD-Landtagsabgeordneter in Hannover und 1948/49 zuständig für Flüchtlingsfragen. Dazu: Polnische Dokumente, Bd. I, Dok. 196 (vgl. Anm. 1).

49 Polnische Dokumente, Bd. I, Dok. 196, davor Dok. 194 und 195.

50 Die hannoversche Presse war voll von Berichten über das freudige Ereignis. Jarosek schrieb dagegen in einem internen polnischen Bericht: „Charakteristisch ist, daß in der deutschen Presse kei-

Jeweils etwa 60 Personen waren dichtgedrängt in den 25 Personenwagen und Güterwagons untergebracht.⁵¹ Vier weitere Transporte kamen 1949 ebenfalls durch die SBZ in die britische Zone. In die SBZ gingen weitere Kindertransporte. Insgesamt wurden 1947 bis 1949 etwa 13 000 alleinstehende Kinder aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße in Sonderzügen in die Besatzungszonen transportiert, bereits getrennt nach Ost- und Westzone. Die Suche nach den im Umkreis von Flucht und Vertreibung verlorengegangenen Kindern ging über viele Wege noch jahrelang weiter.

Verzögerte Kindertransporte aus der Tschechoslowakei

Auch in der Tschechoslowakei war durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse eine nicht mehr eruierbare Zahl von Kindern verlorengegangen und zurückgeblieben. Das böhmische Gebiet war während der deutschen Besatzungszeit ebenfalls Zielgebiet der Kinderlandverschickung (KLV) gewesen. Für die zuständigen NS-Behörden war das Gebiet sogar besonders attraktiv für die ideologische NS-Erziehung, da es für Eltern und Heimatkirchen schwer erreichbar war. Das böhmische Bad Podiebrad nahe Prag galt als „heimliche Hauptstadt“ der KLV.⁵² Ganze Schulklassen waren hierher evakuiert worden. Hinzu kam, daß sich ab Ende Januar 1945 eine Fluchtwelle von rund 1,6 Millionen Schlesiern auf dem noch deutsch besetzten Gebiet der ČSR bewegte. Nach Kriegsende begannen die wilden Vertreibungen durch die „Svoboda-Armee“ und die „Revolutionsgarden“. Bei all diesen Geschehnissen waren auch Kinder gestorben, verlorengegangen oder allein übriggeblieben.

Nach den ersten kollektiven Vertreibungen wuchs, ähnlich wie in Polen, der Hunger nach den kostenlosen deutschen Arbeitskräften. Durch eines der acht Beneš-Dekrete gegen die Sudetendeutschen und Ungarn (Nr. 71 vom 19. September 1945) wurde Zwangsarbeit bis zum „Abschub“⁵³ quasi legalisiert. In einem Zeitzeugenbericht heißt es: „Die Ernte ging nirgends vorwärts [Getreide und Hopfen; B. G.], überall fehlten die Saisonarbeiter. Für die einfache tschechische Bevölkerung war der Sog nach den deutschen Gebieten zu groß, es war so einfach, dort Häuser und Höfe zu bekommen. Wer wollte da noch als Landarbeiter gehen! So wurde eines Tages bekanntgegeben, es haben sich alle Männer bis 60 und Frauen bis 55 Jahren am Sportplatz zu versammeln. [. . .] auch kleine Kinder mußten mit.“ Die Deutschen bildeten das Arbeiterangebot für die tschechischen Bauern, mangels Männern auch Jugendliche, Frauen und Kinder.⁵⁴ Lohn gab es nicht.

In der SBZ führte die ZVU auf Anweisung der SMAD vom 13. Juni 1946 in den folgenden drei Monaten eine zentral organisierte Suchaktion nach in der Tschechoslowakei vermißten Kindern durch. Vorausgegangen war eine Initiative des ZVU-Leiters Rudolf

nerlei Meldungen erschienen.“ Polnische Dokumente, Bd. I, Dok. 211. Dazu ein Zeitzeugenbericht von J. Quast: Privatarchiv B. G.

51 Polnische Dokumente, Bd. I, Dok. 214, Kritischer Bericht eines Mitarbeiters des polnischen Roten Kreuzes. Jaroszek hatte den Transport trotz fehlender Sanitärausstattung abfahren lassen. Ende des Jahres wurde er entlassen, sein Amt aufgelöst. Hintergrund war die Entmachtung der gesamten Sonderverwaltung der „neuen Westgebiete“. Im Herbst 1948 wurden Gomulka abgesetzt und das MZO aufgelöst, ähnlich wie die ZVU in der SBZ.

52 Kock, Gerhard: Die Kinderlandverschickung im Zweiten Weltkrieg, Paderborn 1997, S. 101. In dem Kurort waren 15 000 bis 16 000 Kinder untergebracht. Kock bewertet die KLV in ihren Erziehungszielen allerdings als gescheitert.

53 „Odsun“ (Abschub) war der vom tschechischen Exilpräsidenten Edward Beneš geschaffene euphemistische Begriff für die Vertreibung der Sudetendeutschen.

54 Schieder, Theodor u. a. (Hrsg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, 5 Bände, Nachdruck der Ausgabe von 1960, Bd. II/2, München 1984, S. 689 (Ostdokumentation).

Engel. Es wurden mehrfach Aufrufe in allen damaligen SBZ-Medien gestartet: „Aufruf an alle Eltern, deren Kinder sich noch in der ČSR befinden [...]“.⁵⁵ Eltern und Angehörige wurden aufgefordert, bei den zuständigen Jugendämtern Suchanträge zu stellen. Das war zwei Monate nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED und zwei Monate vor den ersten Gemeindewahlen Anfang September 1946, bei denen sich noch vier Parteien bewarben. In einem internen ZVU-Schreiben hieß es, daß „die praktische Durchführung der Transporte und die damit verbundene Propaganda durch die SED übernommen wird. Gerade für die speziellen Verhältnisse in Berlin würde sich das gut für die Vorbereitungen auf die im September stattfindenden Gemeindewahlen auswirken. Ich denke dabei an folgende Parolen: ‚Die SED sorgt dafür, daß Eure Kinder nach Hause kommen!‘, ‚Wir stellen die Familienbindung wieder her, nachdem sie durch die Nazis aufgelöst wurde‘.“⁵⁶ Die Wahlberechtigten unter den Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen waren ein großes Wählerpotential. Die Flüchtlingspartei in der SBZ war damals die CDU.⁵⁷

Bei der Regierung der Provinz Sachsen (ab 1947 Land Sachsen-Anhalt) und der ZVU in Berlin waren bereits im Frühjahr 1946 Anfragen von Eltern und Angehörigen eingegangen, die um Unterstützung bei der Suche nach ihren zurückgelassenen Kindern baten. Der Regierungspräsident in Halle wandte sich schriftlich an die ZVU, etwas zu unternehmen, „daß die in der Tschechoslowakei zurückgebliebenen Kinder ihren Eltern wieder zugeführt werden [...] und] die notwendigen Schritte in Berlin bei der SMA in Karlshorst zu unternehmen“.⁵⁸ Engel bat die zuständige Abteilung der SMAD Anfang Juni 1946 um Zustimmung zu der Suchaktion. Bereits am 13. Juni kam die Anweisung, zunächst die Zahl und die Daten der Kinder zu ermitteln, die von Angehörigen mit Wohnsitz in der SBZ gesucht würden. Darauf erfolgte der oben zitierte öffentliche Aufruf in Funk und Presse. Das Echo war unerwartet groß; bis Anfang September wurden Suchanträge für 4 261 in der ČSR vermißte Kinder gestellt, darunter allein 2 071 aus Berlin. Eine Liste mit den Namen wurde über die SMAD an die tschechischen Behörden weitergeleitet. Engel fragte mehrfach bei der SMAD nach, es gab aber kaum Reaktionen.⁵⁹

Ab Juni 1946 begann die „geregelt“e Zwangsaussiedlung von Sudetendeutschen in die SBZ, die „Umsiedlungsaktion der 600 000“.⁶⁰ Ähnlich wie in den Transporten aus Polen waren die alleinstehenden Kinder unter vierzehn Jahren zurückgestellt. Die Statistiken zu den Ankommenden zeigen, daß ähnlich wie aus Polen männliche Jugendliche stark unterrepräsentiert waren. Es gab aber auch Ausnahmen, zum Beispiel kamen am 30. August 1946 73 evakuierte Berliner Volksschüler mit einem Vertriebenentransport zurück. Ein Angehöriger in Berlin hatte sich direkt an den zuständigen tschechischen Bürgermeister gewandt. Dieser hatte die Schüler eigenmächtig einem der Transporte übergeben.⁶¹ Belegt ist auch der erfolgreiche Suchantrag eines Angehörigen in Erfurt. Sein zehnjäh-

55 BArch DO2/70. Bl. 223.

56 BArch DO2/70, Bl. 221. In einer Abstimmung der SPD in Berlin-West am 31. März 1946 war die Vereinigung mit der KPD mit 82 Prozent abgelehnt worden.

57 In den Westzonen und der Bundesrepublik war dagegen die SPD bis Mitte der sechziger Jahre die Flüchtlingspartei (neben dem BHE), während die West-CDU eher die Besitzwahrungsinteressen der Einheimischen vertrat.

58 BArch DO2/70 Bl. 221.

59 BArch DO2/70 Bl. 259, 261, 264.

60 Da die SMAD 1946 die Aufnahme Vertriebener verzögerte, sandte Beneš den Außenhandelsminister Ripka nach Moskau. Er erreichte von Stalin die Zustimmung zum sofortigen „Abschub“ von 600 000 Sudetendeutschen in die SBZ.

61 BArch DO2/70 Bl. 235.

riger Neffe wurde im Kinderheim „Milič-Haus“ von Přemysl Pitter in Prag ermittelt.⁶² Der aufrechte tschechische Humanist hatte während und nach dem Krieg Kinderheime für *verlorene Kinder aller Nationalitäten* eingerichtet und sie so gerettet – ebenso jüdische Kinder vor Kriegsende sowie KZ-Überlebende und deutsche Kinder nach dem Krieg.

Ein Transport mit 300 Kindern war für den 5./6. Oktober 1946 angekündigt. Er traf am 7. Oktober mit 165 Kindern in Pirna ein, die „erwiesenermaßen“ ihre Eltern oder Angehörigen in der SBZ hatten und 135, die als „heimatlos“⁶³ bezeichnet wurden. Sie kamen in das Kinderlager Bischofswerda. Bis Dezember wurden 56 der Kinder Angehörigen übergeben, 46 kamen zu Pflegeeltern. Die restlichen 198 wurden der Abteilung Soziale Fürsorge der Landesregierung übergeben.⁶⁴

Die ZVU schickte im Frühjahr und Sommer 1947 Nachtragslisten über die SMAD nach Prag. Im Juli wurden kleinere Kindergruppen angekündigt, die mit Bussen nach Pirna kommen sollten, ob sie tatsächlich ankamen, war nicht eruierbar. Soweit erkennbar, verlief die zentrale Rückkehraktion enttäuschend. Auch in der ČSR waren die verbliebenen deutschen Kinder schwer zu finden. Etliche arbeiteten verstreut bei tschechischen Bauern. Eine Frau aus Saaz/Žatec berichtet, daß ihr vierzehnjähriger Sohn bereits am 13. Juni 1945 von ihr getrennt worden war und auf einem Bauerhof nahe Saaz schwer arbeiten mußte. Deutsche Jugendliche und Männer zwischen dreizehn und 65 Jahren waren zehn Tage zuvor in Saaz zusammengetrieben und in das berüchtigte Lager Postelberg/Postoloprty gebracht worden, zusammen etwa 5 000 Personen. Vom 3. bis 13. Juni 1945 fand hier das größte Massaker während der wilden Vertreibungen statt, mindestens 700 Sudetendeutsche wurden erschossen, auch einige Jugendliche. Die meisten Jugendlichen wurden in das Jugendarbeitslager „Tabor 17/18“ gebracht.⁶⁵ Etwa 1 000 Jugendliche aus Asch wurden im September 1945 in der Gegend von Strakonitz/Strakonice zum Erntedienst bei tschechischen Bauern transportiert und blieben dort monatelang.⁶⁶ Die Ausbeutung von Kinderarbeit war besonders verbreitet. Es gab sie auch in der SBZ. Die ZVU kritisierte häufig, daß alleinstehende Kinder und Jugendliche von Bauern und Arbeitgebern „ausgebeutet werden“.

Die SMAD wies schließlich an, daß die Kinderrückführung aus der ČSR erst nach Ende der Polenaktion fortgeführt werden sollte – gemeint war die Vertreibung aus den polnisch verwalteten Ostgebieten. Viele Angehörige versuchten auf anderem Wege, ihre Kinder wiederzubekommen: über kirchliche Hilfsorganisationen, das Internationale Rote Kreuz, die UNO-Hilfsorganisation UNRA⁶⁷, die Westalliierten oder private Kon-

62 BArch DO2/70 Bl. 258, auch 260.

63 BArch DO2/70 Bl. 243. Die Bezeichnung „heimatlos“ wird in den ZVU-Akten für alle in den Vertreibungsgebieten Beheimateten verwendet, z. B. „heimatlose Heimkehrer“.

64 BArch, DO2/70 Bl. 256. Für viele der elternlosen Kinder war auch die Zeit nach der Rückkehr schwer. Der Sozialreferent der sächsischen Umsiedlerbehörde erfaßte die Kinder in folgender Sprache: „Die restlichen 198 Kinder, darunter 24 Hilfsschüler, 16 Idioten, 21 Bettnässer, 2 schwererziehbare Kinder, 3 Krüppel, wurden von uns listenmäßig erfaßt.“ Ebd.

65 Am 3. Juni 2010 wurde in Postelberg/Postoloprty ein Gedenkstein errichtet. Zum Kontext: Staněk, Tomáš: Internierung und Zwangsarbeit. Das Lagersystem in den böhmischen Ländern 1945–1948 [Tschechische Originalausgabe 1996] München 2007.

66 Ostdokumentation, Bd. II/2, S. 312, vgl. auch 314, 466 (vgl. Anm. 52).

67 UNRA – United Nations Relief and Rehabilitation Administration. Die Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen war eine Hilfsorganisation, die bereits während des Zweiten Weltkrieges 1943 auf Initiative der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens und Chinas gegründet wurde. Nach Kriegsende wurde sie von der UNO übernommen. Die UNRA war in Europa bis zum 31. Dezember 1946 tätig.

takte. Auffällig ist, daß in den ZVU-Unterlagen bis in die fünfziger Jahre immer wieder einzelne Transporte mit rückkehrenden Kindern aus dem Ausland verzeichnet werden. So kamen zum Beispiel 1946/47 Transporte aus Österreich über die ČSR in die SBZ, organisiert vom österreichischen Roten Kreuz. 1951/52, bereits im Rahmen der „Familienzusammenführung“, kamen kleinere Transporte mit Kindern aus Jugoslawien über die US-Zone zu ihren Angehörige in der DDR. Die Kinder sprachen kaum noch deutsch und waren „schulisch alle zurückgeblieben“. Gleich zu Anfang wurde ihnen der Aufbau der DDR vermittelt, „soweit aufnahmefähig“.⁶⁸

Bereits 1946 begann die von tschechischen Behörden geforderte Suche nach den 97 von der SS verschleppten Kindern aus Lidice durch die ZVU. Bis zum 27. Juli 1946 wurden fünfzehn der Kinder in deutschen Pflegefamilien gefunden und einige bereits den tschechischen Behörden übergeben. Eruiert wurde, daß 80 Kinder bereits 1942 in das KZ Łódź gebracht worden waren und von dort aus vermutlich in ein Vernichtungslager.⁶⁹

Nur ein Teil der alleinstehenden Kinder fand später Eltern oder andere Angehörige wieder. Bis 1950 verzeichnete der Kinder-Suchdienst des DRK 500 000 gesuchte Kinder, etwa zwei Drittel aus östlichen Herkunftsgebieten. Auch der „Suchdienst für vermißte Deutsche“ in der SBZ entwickelte ein besonderes Kindersuchprogramm für die „Umsiedlerkinder“ gleich in dem Kinderlager Bischofswerda. Bis weit in die fünfziger Jahre suchten Eltern und Angehörige privat und offiziell nach vermißten Kindern und umgekehrt Kinder und Suchdienste nach vermißten Eltern und Angehörigen. Nach Gründung der DDR wurden erste offizielle Abkommen mit Polen und der ČSR zur „Familienzusammenführung“ vereinbart. Im Westen gab es Anfang der fünfziger Jahre entsprechend die „Operation Link“ über das Grenzdurchgangslager Friedland. Ein Teil der Suchen blieb erfolglos.⁷⁰

Das Facharbeiterproblem

Nur in den ersten Nachkriegsmonaten war, wie schon erwähnt, die polnische und tschechische kommunistisch-nationalistische Vertreibungspolitik von rein ethnischen Gesichtspunkten geleitet. Nur die ersten wilden Vertreibungen 1945 noch vor der Potsdamer Konferenz hatten ungezielt und unterschiedslos *allen* Sudetendeutschen und Ostdeutschen in dem breiten Landstreifen östlich von Oder und Neiße gegolten.⁷¹ Die neuen polnischen „Regierungsbeauftragten“ stellten aber bald fest, daß ihnen die unkontrollierten Vertreibungen auch schadeten, weil sie die deutschen Fachleute und Spezialisten dringend brauchten, um die technische Infrastruktur in den annektierten deutschen Gebieten aufrechtzuerhalten und die Nachkriegswirtschaft aufzubauen.

So wurden in Parteisitzungen und politischen Gremien Vorschläge zur Selektion der Deutschen gemacht: a) zur schnellen Ausweisung der „unnützen Elemente“, b) zum Arbeitseinsatz der Arbeitsfähigen (bis zur Vertreibung) und c) zum Zurückhalten der beson-

68 BArch, DO2, 70 Bl. 321.

69 BArch, DO2, 70 Bl. 322–325 Von den 80 Lidice-Kindern wurden keine weiteren Spuren gefunden.

70 400 Findelkinder beim DRK konnten nicht identifiziert werden. – Der Dokumentarfilm „Söhne“ von Volker Koepp (2009) gestaltet das Problem der Familientrennung nach einem wahren Fall. Je zwei von vier Brüdern aus Westpreußen wuchsen in Polen und Deutschland auf. Als Rentner finden sie sich wieder und sind sich nah und fremd zugleich.

71 Ich beziehe mich im Folgenden überwiegend auf die Situation in Polen, die gut belegbar ist. Doch auch in der ČSR wurden Deutsche interniert und zur Zwangsarbeit verpflichtet.

deren Fachleute und Spezialisten.⁷² Dazu wurde ein ganzes Netz von Nachkriegslagern zur Zwangsarbeit entwickelt. Als „Internierte“ erhielten die Deutschen keinen Lohn, oft wurden sie von den Lagerleitungen als Arbeitssklaven an polnische Bauern und Staatsgüter vermietet. Als sogenannte Freie erhielten sie Löhne, die „für den Wiederaufbau Warschaus“ um 25 Prozent gekürzt wurden. Zudem mußten sie länger arbeiten als polnische Arbeiter, täglich bis zu vierzehn Stunden, oft auch am Wochenende. Auch die Entlohnung der zurückgehaltenen „Spezialisten“ glich sich erst in den fünfziger Jahren der polnischer Facharbeiter an.⁷³ Je nach dem festgesetzten ökonomischen Nutzen gestaffelt, wurden farbige „Reklamierungsbescheinigungen“ für alle Arbeitenden herausgegeben, um den Milizionären und Soldaten das Aussortieren zu erleichtern.⁷⁴ Es gab unterschiedliche Interessen: Bei den Politikadern dominierten machtpolitische Interessen, den neuen Eliten im Industriesektor ging es um ökonomische Ziele.

Eine besondere Rolle bei den begehrten Facharbeitern spielten die Bergleute, die in den nieder- und oberschlesischen Bergwerken arbeiteten. Da das letzte intakte deutsche Industriegebiet bis Kriegsende in vollem Einsatz war, waren kaum Bergarbeiter geflohen. Nach der sowjetischen Eroberung und der polnischen Übernahme der Verwaltung mußten sie nahezu bruchlos unter den neuen Herren weiterarbeiten, nun unter verschärften Arbeitsbedingungen, soweit sie nicht deportiert wurden. NKWD-Kommandos hatten bereits 1945 etwa 30 000 schlesische Bergleute, zusammen mit weiteren über 250 000 anderen deutschen Zwangsarbeitern, als „lebende Reparationen“ in die Sowjetunion deportiert.⁷⁵ Der Mangel an Bergleuten konnte durch polnische Arbeitskräfte nicht behoben werden.⁷⁶ Die polnischen Behörden setzten daher auch deutsche Kriegsgefangene als Bergarbeiter ein. Von den rund 50 000 deutschen Kriegsgefangenen in Polen, zumeist von den Sowjets übergeben, mußten rund 12 000 im Bergbau arbeiten. Sie wurden teilweise wie Zivilinternierte behandelt, so mußten sie für ihre Arbeit nicht entlohnt werden. Die Sterberate der unerfahrenen „Gruben-Soldaten“ war mit zwölf Prozent hoch.⁷⁷ Entlassungen begannen später als in anderen Ländern. Es gab in Polen kaum NS-Verfahren gegen deutsche Kriegsgefangene. Der Bedarf an deutschen Arbeitskräften war ähnlich groß wie das Interesse, alle nicht arbeitenden und durch Polen ersetzbaren Deutschen restlos zu vertreiben.

72 Am wichtigsten: Die interne Instruktion des Gomułka-Ministeriums (MZO) vom 15. Januar 1946, die die bevorstehende Zwangsaussiedlung der Deutschen in die britische Zone nach fünf Kriterien bestimmte. Zuerst sollten die Arbeitsunfähigen abtransportiert werden, danach privat Arbeitende, ersetzbare Facharbeiter, etc. Die „Spezialisten“ sollten zurückgehalten und assimiliert werden. Nitschke, Bernadetta: Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949. München 2003, S. 208.

73 Vgl. Polnische Dokumente, Bd. I, Einleitung S. 82–99. Unter etwas liberaleren Verhältnissen in Polen kamen 1956 bis 1959 rund 40 000 zurückgehaltene Facharbeiter (mit Familienmitgliedern 270 000) aus Pommern und Waldenburg als „Spätaussiedler“ in beide deutsche Staaten, überwiegend in die Bundesrepublik.

74 Unter den Milizionären gab es sog. Halbgebildete und Analphabeten. Das Selektionssystem wechselte mehrfach, zuletzt galten grüne Karten für die zurückgehaltenen „Spezialisten“, zu denen die Bergleute zählten.

75 Schätzungen gehen von einer halben bis zu einer Million aus. Daß es weitere „Zwangsrekrutierungen“ deutscher Wissenschaftler und Facharbeiter aus der SBZ in die Sowjetunion gab, z. B. Physiker für das sowjetische Atomprojekts, sei hier nur kurz erwähnt.

76 Unter der neuen polnischen Verwaltung mußten deutsche Arbeitskräfte kaum entlohnt werden, daher waren sie attraktiver als polnische Arbeiter.

77 Kochanowski, Jerzy: In polnischer Gefangenschaft. Osnabrück 2004. Vgl. BArch DO2 38 Bl. 174. Transport von Internierten aus dem Arbeitslager Nakel am 5. 5. 1949 u. a. mit ehem. Kriegsgefangenen.

Auch in der Tschechoslowakei gab es eine große Nachfrage nach Bergarbeitern, besonders in dem Uran-Abbauggebiet bei Joachimsthal/Jachymov im böhmischen Bergbauggebiet. Hier gab es zudem sowjetische Interessen. Neben einer großen Zahl sudetendeutscher Internierter wurden 1947/48 im Zuge der „Aktion J“ zusätzlich rund 5 000 deutsche Kriegsgefangene aus sowjetischen Lagern als Zwangs-Grubenarbeiter nach Joachimsthal geschickt. Da die hohen Normen von den ungeübten und zunehmend entkräfteten Zwangsarbeitern kaum erfüllt werden konnten und überdies kaum Arbeitsschutz gab, war auch hier die Sterberate hoch. Die gesundheitlichen Folgen der Strahlenbelastung, soweit sie damals bekannt waren, wurden generell nicht beachtet. Erst 1950 wurden die Kriegsgefangenen entlassen. Es blieben rund 1 000 Sudetendeutsche, die von tschechischen Schnellgerichten als „Kriegsverbrecher“ eingestuft worden waren. Die Überlebenden wurden erst ab 1955 entlassen.⁷⁸

Transport schlesischer Bergleute in die SAG Wismut

Im Sommer 1948 kamen in sieben von 27 „normalen“ Zugtransporten mit weiteren 40 000 Vertriebenen aus Schlesien auch knapp 2 000 bis dahin zurückgehaltene deutsche Bergarbeiter mit ihren Familien aus dem Waldenburger Kohlerevier in die SBZ, mit Familienangehörigen waren es rund 7 000 Personen. Die „Aussiedlung“ der Bergleute erfolgte von polnischer Seite nicht freiwillig, im Gegenteil. Die SMAD erzwang die Abgabe der begehrten Facharbeiter für den sowjetisierten Teil des Erzabbaus in Sachsen, während die polnische Seite versuchte mit allen Mitteln versuchte, die „unersetzbaren“ deutschen Spezialisten für die polonisierte Kohleproduktion in Niederschlesien zurückzuhalten. Schließlich gelang es ihr, die Zahl auf 2 000 zu senken. Die SMAD hatte 3 000 Bergleute angefordert.

Am 12. April 1947 und am 1. Juni 1948 wurden jeweils neue sowjetisch-polnische „Umsiedlungs-Verträge“ geschlossen. Da in den ersten Wintermonaten 1946 auch in der SBZ unbeheizte Züge mit Toten und Kranken angekommen waren, verschärfte die SMAD in der Folgezeit die Bedingungen für die weiteren Transporte in ihre Zone. Sie wurden in den Wintermonaten ausgesetzt und im Übrigen sanitäre und medizinische Verbesserungen festlegt. Auch sollten die „Umsiedler“ mehr Geld und Gepäck mitnehmen dürfen. Vor allem aber sollte der Anteil der Arbeitsfähigen und Facharbeiter in den Transporten steigen. Bei den Verhandlungen 1948 forderte der sowjetische Vertreter konkret die „Umsiedlung“ von 3 000 Bergarbeitern, mit der Drohung, sonst die gesamte restliche „Umsiedlung“ abzubrechen. Unter den weiteren 40 000 Deutschen, die die polnische Seite 1948 abschieben wollte, sollten 3 000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen sein.

Auch die SMAD hatte die soziale „Negativ-Auswahl“ in den Transporten aus Polen kritisiert, ähnlich wie die britische Militärverwaltung bereits 1946. Nur fünfzehn bis zwanzig Prozent der Ankommenden waren Männer, die nur zum Teil arbeitsfähig waren. Auch in der SBZ war der Mangel an Bergarbeitern, etwa im sächsischen Erzbergbau, besonders groß. Die Aufnahme und Verteilung der Millionen Vertriebenen war in keiner Besatzungszone unter dem Aspekt beruflicher Integration erfolgt. So begann bald eine sogenannte Binnenumsiedlung. In der SBZ war sie begrenzt auf offizielle Maßnahmen der Arbeitsämter in den fünf Ländern. So forderte zum Beispiel Sachsen Industriearbeiter und Bergleute an, die in Mecklenburg gelandet waren, und Mecklenburg ostpreußische

78 Staněk, Tomáš: Internierung und Zwangsarbeit. Das Lagersystem in den böhmischen Ländern 1945–1948. Vgl. auch: <<http://www.nexusboard.net/sitemap/6365/sudetendeutsche-zwangsarbeiter-in-stjoachimsthal-t296776/>> (zuletzt eingesehen am: 10. Dezember 2010).

Fischer aus anderen SBZ-Ländern. Doch es wurden auch gezielt Facharbeiter in der ČSR und in Polen angeworben.⁷⁹

Zusätzlich stieg der Bedarf an Bergarbeitern, als 1946/47 unter sowjetischer Regie der Uranabbau im Erzgebirge enorm ausgebaut wurde. Hier kamen die Anweisungen allerdings aus Moskau. In Reaktion auf die amerikanischen Atombomben auf Japan im August 1945 wurde in der Sowjetunion ein ehrgeiziges Atomprojekt entwickelt. Allerdings gab es eine „Uranlücke“.⁸⁰ Daher interessierte sich der sowjetische Geheimdienst NKWD schon bald für das bekannte Uranabbaugebiet im Erzgebirge. Nach positiven Erkundungen des sächsischen Abbauggebietes überführte ein SMAD-Befehl vom Mai 1947 mehrere sächsische Bergbauanlagen in sowjetisches Eigentum.⁸¹ Darauf wurde die „Sowjetische Staatliche Aktiengesellschaft der Buntmetallindustrie Wismut“ (SAG) gegründet mit Hauptsitz in Moskau und deutscher Niederlassung im sächsischen Aue. Bereits seit den Bodenerkundungen war der Bedarf an deutschen Arbeitskräften immer mehr gewachsen. In gewohnter sowjetischer Weise geschah fast alles per Zwang. Die SMAD erließ am 1. August 1947 einen Befehl zur Bereitstellung von 20 000 Arbeitern. In der Umgebung der Gruben wurden Zwangsräumungen von Wohnungen und Häusern vorgenommen. Bis 1949 wurden fast 150 Massenunterkünfte errichtet. Die Grubenbezirke wurden umzäunt und von Truppen des sowjetischen NKWD/MGB bewacht.

„Insbesondere die Flüchtlingslager wurden von NKWD-Offizieren und deutschen Arbeitsvermittlern, die für jeden geworbenen Freiwilligen eine Prämie erhielten, ‚durchkämmt‘.“ Bei Ankunft der aus der Sowjetunion entlassenen Kriegsgefangenen in Frankfurt/Oder wurden die „heimatlosen Heimkehrer“ besonders umworben.⁸²

Die Suche nach Bergarbeitern für die Wismut war grenzüberschreitend. Selbst aus dem tschechischen Joachimsthal wurden deutsche Gruben-Soldaten abgeworben. Im Sommer 1949 beschloß der Ministerrat der UdSSR, die deutschen Kriegsgefangenen aus Joachimsthal zu entlassen. Sie sollten sich verpflichten, für weitere zwei Jahre im Uranbergbau der SAG Wismut zu arbeiten. Im Weigerungsfall drohte die erneute sowjetische Gefangenschaft. Kurz darauf begann der Abtransport nach Aue und Johanngeorgenstadt im sächsischen Erzgebirge.⁸³

Besonderer Wert wurde auf die grubentauglichen Bergarbeiter aus dem benachbarten schlesischen Bergbauggebiet gelegt. Nicht ohne Grund sprach man damals bei der SAG Wismut vom „schlesischen Bergbau“. Vom 12. Juni bis zum 24. Dezember 1948 kamen 1 979 Bergleute mit ihren Familien in sieben „normalen“ Vertriebenentransporten in Forst an, wurden hier extra registriert und sofort nach Sachsen weitergeleitet. Die SMA teilte die Sonderaktion des Bergarbeitertransfers erst am Tag der Ankunft des ersten Zuges der ZVU in Berlin mit, an der diese Aktion offensichtlich vorbeiging. Das Arbeitsamt Sachsen sollte die weitere Organisation übernehmen. Bereits ab Mai hatte es auf Befehl der SMA Vorbereitungen eingeleitet. Die sowjetischen Stellen hielten sich im Hintergrund. Das sächsische Arbeitsministerium schrieb der ZVU am 29. Juli: „Auf

79 So fuhr der Leiter des „Umsiedleramts“ in Halle, Hiebsch, selbst Antifa-Umsiedler, in die ČSR, um sudetendeutsche Glas- und Textilfacharbeiter für die Neuansiedlung in Städten des Osthazes anzuwerben, z. B. für Quedlinburg.

80 Karlsch, Rainer: Uran für Moskau. Die Wismut – Eine populäre Geschichte. Bonn 2007. Daraus kommen die Hinweise zur Wismut und die folgenden Zitate ohne Einzelnachweis, S. 64–68.

81 Die sowjetische Seite rechnete das teilweise zu den Reparationskosten.

82 Euphemistische Bezeichnung für die Entlassenen mit Herkunft aus den Vertreibungsgebieten, etwa fünfzehn Prozent.

83 Siehe Anm. 62.

Anweisung der SMAD sind diese Bergarbeiterfamilien ausschließlich für den Erzbergbau bestimmt. Die Aussiedlung erfolgt nach Maßgabe der Aktiengesellschaft ‚Wismut‘ durch die Hauptabteilung Arbeit der Landesregierung Sachsen. Mit der Einschleusung der Bergarbeiter in das Land Sachsen wurde am 17. 6. 1948 begonnen. Seit diesem Zeitpunkt sind 770 Familien eingetroffen.“⁸⁴

Im Rahmen der Bergarbeiteraktion gab es auch eine Geheim- und Gewaltaktion des sowjetischen und polnischen Geheimdienstes, bei der 195 schlesische Bergleute in tschechischer Weise regelrecht entführt wurden. Dazu gehörte die 60-köpfige deutsche Belegschaft des Eisenerzbergwerks „Bergfreiheit“ in Schmiedeberg/Riesengebirge (Kowary). Alle waren von der polnischen Betriebsführung „reklamiert“, das heißt sie besaßen grüne Reklamierungskarten. In einem Bericht, den acht der betroffenen Bergleute danach anfertigten, schildern sie das gewaltsame Vorgehen: „In der Nacht vom 25. zu 26. Juni [...] wurden plötzlich die deutschen Fachleute ohne vorherige Ankündigung [...] zwangsweise unter Anwendung von schärfsten Gewaltmaßnahmen samt Familie ausgesiedelt. [...] Es drangen in jede Wohnung [...] je 3–9 Schwebewaffnete ein [...] Sie] setzten sich aus polnischem Militär und geheimer Staatspolizei zusammen und zwangen die Deutschen, in kürzester Zeit ihre Wohnungen zu verlassen. [...] In vielen Häusern wurde der elektrische Strom abgestellt, so daß die Möglichkeit genommen war, die notwendigen Sachen zu finden und einzupacken. Den Leuten wurde in der Wohnung sämtliches polnisches Geld abgenommen [...] ebenfalls amtliche Ausweispapiere.“ Die Bergarbeiter wurden „unter Drohungen“ zusammengetrieben, mit LKWs zur nächsten Bahnstation gefahren, in einen wartenden Güterzug gebracht und Richtung Forst abtransportiert. In dem Zeitzeugenbericht werden mehrere Fälle von Gewalt, Beraubung und auch die Mißhandlung von Frauen geschildert. Auf der Fahrt nach Forst kam es zu einer Geburt. Die Betroffenen forderten Entschädigung und Auszahlung des ausstehenden Lohns.⁸⁵ In einem Schreiben des polnischen Hauptbevollmächtigten für die Vertreibung, Jaroszek, zu diesem Fall wird ergänzt, die Begleitung bzw. Bewachung habe aus je einem polnischen und sowjetischen Offizier und fünfzehn Leuten des polnischen Sicherheitskorps bestanden.⁸⁶ Am 27. Juni 1948 sei der Transport mit insgesamt 195 Bergleuten und Familienangehörigen – außerplanmäßig – in Forst eingetroffen. Er war den polnischen Stellen nicht angekündigt, auch der sowjetischen Mission in Teuplitz/Tuplice sei der Zugang verwehrt worden. Jaroszek kritisiert das „partisanenartige“ Vorgehen scharf, allerdings nicht aus Mitgefühl für die deutschen Bergleute, sondern im Interesse der reibungslosen Fortsetzung der Vertreibung. Denn „diese Art des Herumschiebens von Menschen unter der Firma des Repatriierungsapparats wirft einen Schatten auf die gesamte Frage der Aussiedlung der Deutschen aus Polen“.⁸⁷

Der Zentralverband der (verstaatlichten) polonisierten Kohleindustrie in Niederschlesien protestierte bei dem zuständigen Ministerium in Warschau, als Anfang 1949 weitere 1 000 deutsche Bergarbeiter zwangsausgesiedelt werden sollten. Er forderte die Einstellung der Aktion. Der Abzug weiterer 1 000 der „unersetzlichen“ deutschen Bergarbeiter

84 BArch DO2, 58 Bl. 243.

85 BArch DO2, 53 Bl. 97 f.

86 Polnische Dokumente, Bd. I, Dok. 204. In diesem Fall ergänzen sich die entspr. polnischen – und ZVU – Dokumente.

87 Ebd., Schreiben vom 1. Juli 1948. Daß ähnliches „partisanenartiges“ Vorgehen gegen Deutsche bei den wilden Vertreibungen 1945 auch zur polnischen Vertreibungspraxis gehörte, wurde im Volkspolen der Nachkriegszeit generell ausgeblendet, bzw. mit Verweis auf SS-Methoden gerechtfertigt, teils bis heute.

werde zum Zusammenbruch der wichtigen Kohleförderung führen.⁸⁸ Die Forderung hatte Erfolg. Offensichtlich hat die sowjetische Seite eingelenkt. In der Moskauer Führung dominierte damals das politische Interesse, die Satellitensysteme in Polen, der ČSR u. a. zu stabilisieren. Die vor Ort residierende SMAD hatte naheliegender Interessen.

Allein von Oktober 1946 bis Dezember 1947 wurden knapp 44 000 Arbeiter zur Arbeit für die SAG Wismut gezwungen, darunter Zweidrittel aus Sachsen und etwa fünfzehn Prozent Vertriebene.⁸⁹ In den fünfziger Jahren wurde der Zwang gelockert. Die Auseinandersetzungen der Anfangsjahre um mangelnde Bewitterung der Gruben und besseren Arbeitsschutz durch Gewerkschaftler hatte kleine Erfolge. Die Wismut wurde kein Gulag-Straflager. Sie expandierte und beschäftigte in den fünfziger Jahren bis zu 200 000 Arbeiter, zwei Drittel von ihnen untertage. Übertage wurden auch Frauen-Brigaden eingesetzt. In den 45 Jahren, die die Wismut existierte, kamen die meisten Arbeiter freiwillig. Es gab attraktive Löhne, oftmals Sonderprämien, und die Propaganda sprach vom „Erzbergbau für den Frieden“. Die fatalen gesundheitlichen Folgen der Arbeit in dem strahlenbelasteten Uranabbau waren noch wenig bekannt bzw. sie wurden verschwiegen. Besonders betroffen war die erste Wismut-Generation. Die SED spielte die Gefahren ihres Prestigeobjekts stets herunter. Die Spätfolgen für Gesundheit und Leben der Uranarbeiter wurden tabuisiert.

Kaum bekannt ist, daß die Zwangsarbeit der frühen Wismutjahre die erste größere Fluchtwelle aus der SBZ in die Westzonen auslöste. Allein in den ersten drei Jahren „flohen ungefähr 50 000 Personen vor einer Einweisung zur SAG Wismut oder brachen den Arbeitsvertrag“.⁹⁰ Die meisten von ihnen – junge, arbeitsfähige Männer gingen in die westlichen Zonen. Eine Folge dieser Flucht war der weitere Anstieg des Frauenanteils in der SBZ/DDR.

88 Ebd., Dok. 219, Brief vom 22. 3. 1949 an das Ministerium für öffentl. Verwaltung (MAP).

89 Karlsch erwähnt, daß die sowjetischen Behörden bis 1952 450 000 Arbeitskräfte anforderten. Ders.: Uran, S. 82 (vgl. Anm. 66).

90 Ebd., S. 66. In der britischen Zone wurden sie zunächst als „illegale Grenzgänger“ mit in den Ost-Flüchtlingslagern untergebracht.